

Schillers Chronik

SEPTEMBER 2024

Rechenschaftsbericht des Bürgervertreters aus Weiden



Liebe Freunde,

Diesen Monat fanden die ersten beiden Sitzungswochen statt, an denen ich als MdB teilnahm und so langsam werden die Abläufe zur Routine. Die Sitzungswochen in Berlin bedeuten immer einen vollen Terminplan: Neben den Plenumsitzungen stehen für einen MdB auch Arbeitskreis-, Fraktions-, Landesgruppen- und Ausschusssitzungen an, ich hatte einen Termin für professionelle Foto- & Portraiterstellung, musste meine Fingerabdrücke beim Auswärtigen Amt zur Beantragung eines Diplomatpasses abgeben, dazu kommen Ausschussarbeit, verschiedene Termine im Haus und die laufende Berichterstattung in Sozialen Medien & auf meiner Website. Zum Wochenende hin gab es noch Parteiarbeit in Berlin bei Schatzmeisterkonferenz und Sitzung des Konvents – ich könnte einen Schrittzähler gebrauchen (kleiner Scherz).

Nun wünsche ich euch erst einmal viel Spaß und Erkenntnis beim Lesen meines Monatsrückblicks!



Wahlkreisbüro

Christian-Seltmann-Str. 21

92637 Weiden

Tel. 0961 40 17 56 94

manfred.schiller.wk@bundestag.de

Wenn Euch etwas unter den Nägeln brennt, zögert nicht, mit mir oder meinen Wahlkreismitarbeitern Kontakt aufzunehmen — dafür sind wir da! Mein Wahlkreisbüro befindet sich direkt in Weiden, dort empfängt Euch Tina zu folgenden Öffnungszeiten:

Di.: 8.⁰⁰ - 17:³⁰ Uhr

Mi.: 8.⁰⁰ - 12.⁰⁰ & 13.⁰⁰ - 17.⁰⁰ Uhr

Do.: 10.³⁰ - 20.⁰⁰ Uhr

Jeden Donnerstag findet ab 18.⁰⁰ Uhr ein Bürgerstammtisch statt.

»Dem deutschen Volke«
– ein Auftrag, den ich
ernst nehme!

DEM DEUTSCHEN VOLKE

AKTUELLE NACHRICHTEN

Seite 2

EIN OBERPFÄLZER
IN BERLIN

Seite 7

AUS DEM WAHLKREIS

Seite 17



16. September '24

Was macht eigentlich ein Kaufmann, der auf großen Mengen leicht verderblicher Ware sitzen bleibt? Er wird in Zukunft eines sicher nicht tun: Noch mehr von dieser unverkäuflichen Ware anbieten. Eher wird er analysieren, wie es zu diesem – vielleicht sogar existenzgefährdenden – Fehler kommen konnte und sein Geschäftsmodell ändern, um ein solches Fiasko zukünftig zu vermeiden.

Fast an jedem Tag im vergangenen August wurden durch Solaranlagen und Windräder um die Mittagszeit große Mengen an Strom produziert, die nicht gebraucht wurden. Nun ist Strom die verderblichste Ware überhaupt und zu viel davon ist nicht nur wertlos, sondern auch gefährlich für die Netzstabilität.

Die Produzenten der sogenannten erneuerbaren Energien sind aber keine haftenden Kaufleute im üblichen Sinn, sondern vor allem Subventionsabgreifer. Die gesamte Überproduktion, die niemand braucht und »weggeworfen« werden muss, wird vom Steuerzahler teuer bezahlt: Etwa 20 Milliarden Euro fließen so jährlich vom »kleinen Mann« in die Taschen der Besitzer von riesigen Windparks und Solarfeldern.

Da es sich dabei um ein gigantisches, risikofreies Geschäft handelt, werden aktuell immer mehr Anlagen zur Produktion dieser verderblichen Ware – also dem von niemand benötigten, überschüssigen Strom – zugebaut, wodurch es für den Verbraucher mit jeder zusätzlichen Wind- und Solaranlage wieder teurer wird. Nebenbei wird auch noch das Netz zunehmend instabiler.

Es wird Zeit, dass dieser ökosozialistischen Planwirtschaft ein Ende bereitet wird. Eine gesunde Volkswirtschaft braucht keinen subventionierten Zufallsstrom sondern eine saubere, preisgünstige und sichere Energieversorgung aus modernen Kohle-, Gas- und Kernkraftwerken.



20. September '24

Vor wenigen Jahren wurden wir dazu angehalten, den Begriff »Migrationshintergrund« zu nutzen, um Begriffe wie »Ausländer« be-

schönigend zu umschreiben. Das wurde für die Regierung nun zum Problem, denn allzu häufig sind es »Täter mit Migrationshintergrund«, die die Kriminalstatistik & negativen Schlagzeilen dominieren.

Wie löst man das Problem als Grüner?

Nun, man streicht einfach ein Wort, denn: Wenn plötzlich alle »Deutsche« sind, wird das eigene Versagen, gegen zu viele (illegale) »Täter mit Migrationshintergrund« vorzugehen, perfekt verborgen:

Im Jugendbericht des Familienministeriums von Lisa Paus (Grüne) empfehlen die Autoren, das Wort »Migrationshintergrund«

nicht mehr zu verwenden. Begründet wird das mit der »abgrenzenden Wirkung« des Wortes von Kindern nicht-deutscher Eltern zu »biodeutschen« Kindern.

Liebe Wähler, bitte denkt daran:

Probleme löst man nicht, indem man sie nicht mehr anspricht, sondern indem man sie abwählt!



11. September '24

Montag, 02.09. 24 München Milbertshofen: Zwei Männer haben Streit, einer wird erschossen, Täter auf der Flucht.

Mittwoch, 04.09. München: An der Technischen Hochschule wird ein Mitarbeiter mit einem Küchenmesser verletzt. Noch in der gleichen Nacht sticht ein »54jähriger« seiner Ehefrau in den Bauch, sie flüchtet schwer verletzt auf den Balkon.

Donnerstag, 05.09. wieder München: Ein mutmaßlicher Islamist wird nach kurzer Schießerei in der Nähe des israelischen Konsulats von der Polizei erschossen. München entgeht knapp einem Terroranschlag.

Montag, 09.09. Nymphenburg/München: Versuchtetes Tötungsdelikt unter afghanischen Staatsangehörigen in einer Flüchtlingsunterkunft.

Die Aufzählung ließe sich endlos fortführen.

Wir kennen die lange Historie der nie dagewesenen Gewaltexzesse. (Gruppen-) Vergewaltigungen, Messermorde- und Attentate. Alles aus heiterem Himmel, fast alle gegen die autochthone Bevölkerung gerichtet. Traurige Höhepunkte der jüngsten Vergangenheit waren Mannheim, wo das Attentat Michael Stürzenberger galt, aber letztendlich ein Polizist sein Leben ließ und Solingen, wo auf dem Fest der Vielfalt diejenigen willkommen geheißen wurden, die dann den Tod brachten.

Saskia Esken, SPD wörtlich dazu: Aus Solingen-Anschlag lässt sich nicht viel lernen.

Die deutsche Kriminalstatistik 2023 belegt, dass Messerdelikte auf dem höchsten Stand seit Datenerhebung sind (57 Angriffe pro Tag. Quelle: Martin Hess) und sechs mal häufiger von Ausländern, als von Deutschen begangen werden. Sexualdelikte begehen Ausländer [sieben Mal häufiger](#) als Deutsche. Man kann davon ausgehen, dass die Zahlen noch dramatischer sind, denn Deutsch ist auch, wer gerade mal den deutschen Pass erhalten hat: Aus einer [Anfrage der AfD NRW](#) ging gerade hervor, dass mindestens 32 der »deutschen« Täter den Vornamen nach einen Migrationshintergrund haben – womit die Zahl der ausländischen Tatverdächtigen von 55% auf 75% ansteigen würde.

Der Ausländeranteil bei Straftaten insgesamt lag 2023 bei über 40% bei einem offiziellen Anteil dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung von 15% [Kriminalität in Deutschland | Statista](#).

Nancy Faesers Vorschlag: Verschärfung des Waffenrechts in der Form, dass in der Öffentlichkeit nur noch das Mitführen von Messern mit einer Klingenlänge von bis zu 6 cm anstatt 12 cm zulässig sein soll (da lachen doch die Hühner!). Das nun Ende August von der Bundesregierung beschlossene Maßnahmenpaket lässt den Chaos Computer Club aufhorchen. Der Entwurf des neuen BKA-Gesetzes könnte die Überwachung der Bürger drastisch ausweiten, es geht um die geplante Erfassung von Gesichtsbildern mittels KI und weiteres. Siehe auch auf [ACHGUT: Chaos Computerclub: Solingen als Vorwand für Überwachungsorgie](#)

Und wenn alles nichts nützt, hat Thomas Haldenwang, Chef des Verfassungsschutzes die ultimative Lösung, Zitat: [»die Einführung des Kalifats ist eine denkbare Staatsform«](#).

Dann werden die Straftaten aus der Statistik verschwinden, denn der Koran gebietet schließlich das Peinigen und Töten von Ungläubigen.

Wir fragen uns: Warum wird nicht die Quelle des Übels abgestellt, sondern einfach nur die Opfer bestraft? Steckt eine Agenda der »uns Regierenden« hinter diesem Wahnsinn?

Dieser Entwicklung gebietet niemand anders Einhalt, als die Alternative für Deutschland.

Bitte erinnert euch bei künftigen Wahlen daran: Das BSW ist KEINE Alternative – informiert euch über deren Migrationspolitik!





21. September '24

Es vergeht kein Tag mehr, an dem uns nicht über eine Nachrichtenmeldung anschaulich demonstriert wird, wie unsere Regierung unser Land immer weiter Richtung Abgrund treibt. Seien es die Deindustrialisierung, die Einwanderung in unsere Sozialsysteme oder die Innere Sicherheit.

In Tirschenreuth zeigt sich das Staatsversagen aktuell

besonders deutlich: Dort versetzt ein verurteilter IS-Anhänger die Bewohner in Angst und Schrecken. Der als »enorm gefährlich« eingestufte und vorbestrafte Syrer wurde 2022 nach einer Haftstrafe wegen Verbindung zum Islamischen Staat in die Oberpfalz überstellt und lebt nun in einer Gemeinschaftseinrichtung in Tirschenreuth. Der Islamist empfindet keine Reue für seine bisherigen Taten und äußerte bereits mehrfach den »Wunsch«, einen Anschlag auf eine Synagoge zu verüben.

Was ausschließlich mit Abschiebung zu beantworten sein müsste, wird hier jedoch anders gelöst: Er muss eine elektronische Fußfessel tragen und »soll nur eingeschränkten Zugang zu Kommunikationsmitteln«, wie etwa Internet haben.

Die Tirschenreuther sehen diese Maßnahmen zu Recht kritisch, und plädieren dafür, die »tickende Zeitbombe« abzuschieben.

Dem kann ich mich uneingeschränkt anschließen! Wessen Asylantrag abgelehnt ist, muss Deutschland ohne Wenn und Aber verlassen.

Die hierfür auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene nötigen rechtlichen Regelungen können entsprechend angepasst werden. (z. B. BT-Drs. 20/1508, 20/6184, 20/11962), nachzulesen auf <https://afdbundestag.de/endspurt-fuer-deutschland/>



29. September '24

In Essen wurden gestern von einer syrischen »Fachkraft« zwei Häuser angezündet, danach fuhr er mit einem Lieferwagen in ein Geschäft,

um schließlich bis zu seiner Festnahme mit einer Machete bewaffnet durch die Straßen zu ziehen. Bilanz: Über 30 Verletzte, zwei Kinder schweben in Lebensgefahr.

Während die Bevölkerung für die Folgen offener Grenzen buchstäblich bluten muss, beschäftigen sich aufrechte Grüne, wie die Oberpfälzer Landtagsabgeordnete Laura Weber, lieber damit, wie man ein Verbotsverfahren der AfD weiter vorantreiben könnte, und schreckt dabei in ihrem gestrigen Facebook-Beitrag nicht einmal vor Nazi-Vergleichen zurück.

Liebe Frau Weber, anstatt Joseph Goebbels zu zitieren und mit ihrer unsäglichen Verharmlosung des

Nazi-Regimes dessen Opfer zu verhöhnern, sollten Sie sich schleunigst um die echten Probleme in diesem Land kümmern.

Allen Verletzten des gestrigen Anschlags wünsche ich schnelle und vollständige Genesung.

Was die AfD in Bezug auf Innenpolitik & die Wiederherstellung der Inneren Sicherheit sagt, könnt ihr hier nachlesen:





25. September '24

Das man als AfD-Mitglied permanenter Ausgrenzung ausgesetzt ist, haben sicher viele von uns bereits am eigenen Leib erfahren. Die Bandbreite ist dabei groß:

Sie reicht von trotzigem Kleinkindverhalten («neben euch sitzen wir nicht!») bis hin zu Sachbeschädigungen oder gar körperlicher Gewalt.

Frank-Walter Steinmeier hat nun am Montag Opfer politisch motivierter Gewalt ins Schloss Bellevue eingeladen, und ratet mal, wen er »vergesen« hat? Vertreter der AfD.

Begründet wurde das mit der Statistik über politisch motivierte Straftaten, von denen schließlich die Grünen am häufigsten betroffen seien. Nun enthält diese Statistik auch reine Äußerungsdelikte, wie etwa Beleidigungen.

Schlüsselt man die Daten auf (Anfrage der AfD, Drucksache 20/10177) und schaut sich die Zahlen zu Gewaltdelikten an, ist es eindeutig die AfD, die das häufigste Ziel politischer Kriminalität ist.

Steinmeier nutzte ein für linke Narrative nützliches Framing, um die AfD nicht einladen zu müssen – ein Schlag ins Gesicht der unzähligen in der AfD betroffenen Opfer von Gewalt.

Regierungsverantwortung?

Wir verbiegen uns nicht!

06. September '24

Liebe Freunde, in vielen persönlichen Gesprächen höre ich derzeit wieder große Enttäuschung darüber, dass es die AfD letzten Sonntag bei den Wahlen in Thüringen und Sachsen wieder einmal nicht in Regierungsverantwortung geschafft hat.

Da wir auf unserer Seite der ominösen »Brandmauer« ganz alleine stehen, bedingt Regierungsverantwortung aktuell leider die absolute Mehrheit an Sitzen in den Parlamenten. Dies zu erreichen ist momentan noch Utopie. Allerdings wäre eine fiktive Regierungsbeteiligung als Juniorpartner meiner Meinung nach Gift für die weitere Entwicklung unserer Partei, da wir uns in solch einer Konstellation wahrscheinlich politisch so sehr verbiegen müssten, dass uns die eigene Parteibasis nicht mehr wiedererkennen würde.

Immerhin sind wir inzwischen so stark, dass wir die Blockpar-

teien hinter der Brandmauer zu immer absurderen Bündnissen zwingen. Der bereits zum zweiten Mal demokratisch abgewählte Ministerpräsident Ramelow klebt beispielsweise in Thüringen noch immer an seinem Regierungssessel, obwohl seine Partei fast 60% ihrer Wähler verloren hat. Das zeigt anschaulich, dass hier der Bezug zur Demokratie völlig verloren gegangen ist.

Wer der Meinung ist, dass eine Rot-rot-rote Regierung, toleriert durch eine mittlerweile fast ebenso rote CDU auch nur im Mindesten etwas mit dem Wählerwillen im Sinn hat, sollte sich langsam auf Zurechnungsfähigkeit untersuchen lassen.

Die Wähler werden derartiges Gebaren ganz bestimmt nicht goutieren und die Realitätsverweigerung dieser Sessel- und Mandatskleber bei nächster Gelegenheit abstrafen.

Bereits am 22.09. besteht in Brandenburg die Möglichkeit dazu.

Wirtschaftsentwicklung: Letzter Platz für Deutschland!

26. September '24

Es ist nun soweit. Die grüne Transformation hat unsere Wirtschaft zum großen Verlierer, nicht nur unter den Industrieländern, sondern zum Träger der roten Laterne in Sachen Wirtschaftswachstum auf der gesamten Welt gemacht.

Bei der Wirtschaftsentwicklung belegt der einstige Exportweltmeister nun Platz 195 von 195 Ländern auf dieser Welt.

Da kann sich von der Ampel niemand mehr herausreden. Oft hört man zur Relativierung Argumente wie Ukraine-Krieg oder Sanktionen. Äußere Umstände wären schuld an dieser Entwicklung. Man muss sich dann allerdings die Frage stellen, warum die gesamte Welt mit diesen Widrigkeiten wesentlich besser zurechtkommt als unser Land.

Ich persönlich werde in meiner Funktion als Mitglied des Deutschen Bundestages alles dafür tun, dass sich hier grundlegend etwas ändert.

Fazit: Es liegt einzig und allein an der linksgrünen, ökosozialistischen Transformation, einhergehend mit einem weit fortgeschrittenen Kulturkampf, in dem traditionelle Werte wie Bildung, Fleiß und Familie gegenüber ideologi-



schen Weltverbesserer-Träumereien immer mehr zurückgefallen sind.

Ich persönlich werde in meiner Funktion als Mitglied des Deutschen Bundestages alles dafür tun, dass sich hier grundlegend etwas ändert.

Dazu werde ich meine jahrzehntelange Erfahrung als selbstständiger Unternehmer genauso einbringen, wie meine Lebenserfahrung, mit nunmehr 63 Jahren als 4-facher Vater und Opa von mittlerweile 6 Enkelkindern.

Mein größter Wunsch ist, dass sie alle in Frieden und Wohlstand in einem demokratischen Deutschland aufwachsen, wie es mir über viele Jahre ermöglicht wurde.



Liebe Freunde, ich erwähnte ja bereits, dass sich bei uns in den letzten Wochen auch hinter den Kulissen so einiges getan hat: U.a. ist meine Website entstanden, auf der ihr euch neben meinen Social Media-Kanälen über meine Arbeit informieren könnt. Warum eine Website in Zeiten von Facebook & Co.?

Erfahrungsgemäß halten sich die wenigsten auf den üblichen Kanälen mit dem Lesen langer Texte auf und wenn es um bestimmte Themen geht, passiert es schnell, dass man Opfer der Zensur wird. Ihr werdet daher, wie bisher, auf meinen Kanälen die gewohnten Beiträge finden, und wer sich ausführlicher informieren will, ist herzlich dazu eingeladen, auf:

<https://www.manfred-schiller.de> weiterzulesen.

Dort findet ihr künftig nicht nur die Artikel zu aktuellen Themen, sondern auch Monatsrückblicke, Sitzungswochen-Protokolle und einiges zu meiner parlamentarischen Arbeit. **Schaut gerne vorbei!**



Es geht los:

Meine erste Sitzungswoche!

Meine erste Sitzungswoche startete bereits an einem Sonntag:

Am 8. September fand die erste und außerplanmäßige Fraktionssitzung nach der Sommerpause in Berlin statt. Sie war auch gleichzeitig mein Einstieg als MdB in den Deutschen Bundestag, denn ich erklärte offiziell meinen Beitritt zur Fraktion.

Die Konferenz stand unter dem Eindruck der dramatischen Ereignisse der letzten Monate in Deutschland :

Nach drei Jahren Ampelregierung befindet sich unser Land in der schwersten Krise seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland... Nicht nur die Deindustrialisierung schreitet zusehends voran.

Die AfD gibt sich bis zur Bundestagswahl daher Arbeitsschwerpunkte in der Innenpolitik, der Wirtschaftspolitik und im Bereich Arbeit und Soziales. Das Positionspapier

»Endspurt für Deutschland« wurde verabschiedet.

Außerdem wurde ich als ordentliches Mitglied in den Ausschuss Petitionen gewählt, und bin mittlerweile auch Mitglied der Parlamentariergruppen Deutsch-Kanadische, Nordische und der Parlamentariergruppe Slowakei-Tschechien-Ungarn. Ich absolvierte die ersten Sitzungen des Arbeitskreises Petitionen der AfD, sowie am Mittwoch meine erste Ausschusssitzung.

Am Dienstag folgte ich der Sondersitzung »75 Jahre konstituierende Sitzung des ersten Dt. Bundestages«. Vor Beginn der Haushaltsdebatte wurde ich durch die Bundestagspräsidentin Bas feierlich begrüßt.

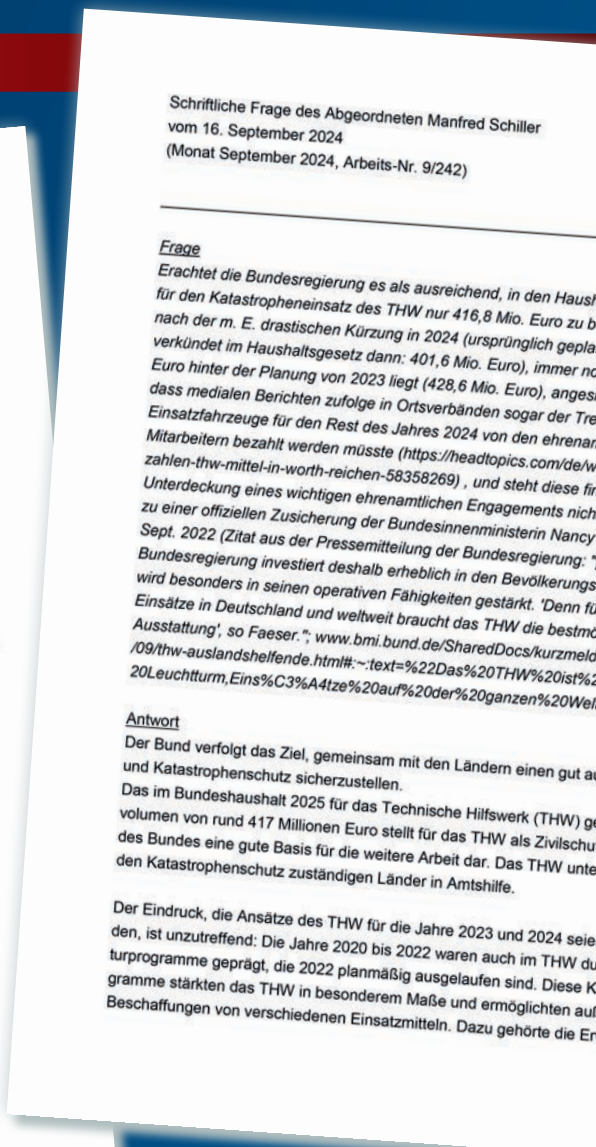
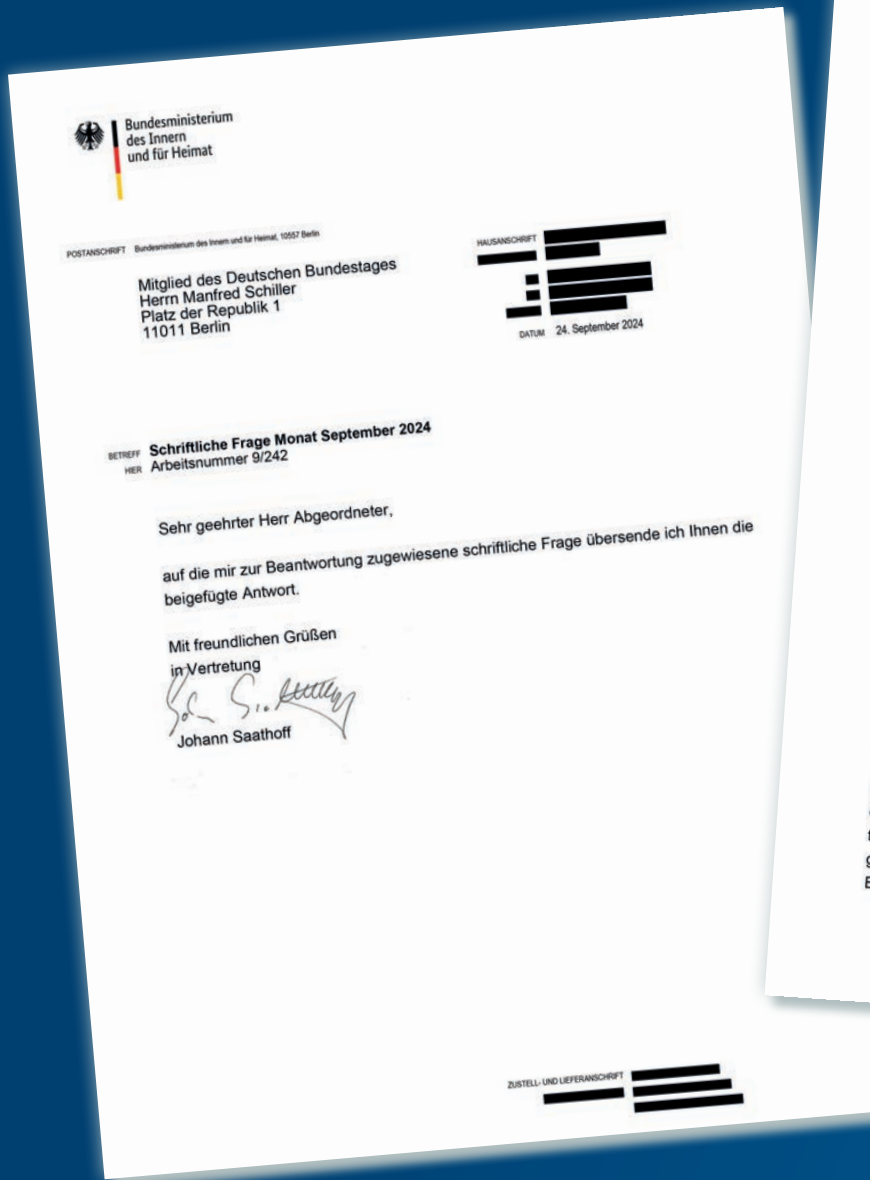
Auf den folgenden Seiten findet ihr mein persönliches Sitzungswochen-Protokoll.

Ich freue mich auf diesen neuen Lebensabschnitt im Dienste meiner Wähler!

Am 10. September 2024 um 12 Uhr startete die 183. Sitzung des Deutschen Bundestages - und meine erste als MdB. Zu Beginn wurden die neuen Abgeordneten von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) begrüßt. Neben mir seht ihr meine Kollegen Mike Moncsek und Dr. Rainer Rothfuß.

live | 12:01





5. September '24

In meiner letzten Anfrage wollte ich von der Regierung wissen, warum medialen Berichten zufolge in Ortsverbänden des THW – beispielsweise in Wörth an der Donau – sogar der Treibstoff für die Einsatzfahrzeuge für den Rest des Jahres 2024 von den ehrenamtlichen Mitarbeitern bezahlt werden müsste.

Die Antwort des BMI klingt zwar plausibel, nämlich, dass die Selbstbewirtschaftungsmittel, welche die Ortsverbände relativ frei für den laufenden Verbrauch disponieren können – so auch für Kraftstoff und Haltung der Fahrzeuge – von 2023 auf 2024 um 6 Millionen € gestiegen sind. Allerdings wurden allein 2021 knapp 1.000 neue Fahrzeuge über spezielle »Konjunkturprogramme« angeschafft, sowie auch Notstromaggregate. Diese Sonder-Konjunkturmittel beinhalteten außerdem Zuwendungen für Coroneinsatz-bedingte Mehrausgaben und für »Ukraine-Einsatz« (2020: 28,8 Mio., 2021: 15 Mio., 2022: 47,5 Mio. €), diese sind nun ausgelaufen. THW-

haushaltsplanungen 2025
udgetieren, was
nt: 356,6 Mio. Euro,
och knapp 12 Mio.
ichts der Tatsache,
ibstoff für die
mtlichen
renn-einsatzkräfte-
nanzielle
t im Widerspruch
Faeser am 19.
[...] Die
schutz, das THW
r seine wichtigen
gliche
lungen/DE/2022
20ein%
!!%22)?

ufgestellten Zivil-
eplante Finanz-
tzorganisation
erstützt die für
n gekürzt wor
urch Konjunk-
onjunkturpro
Berplanmäßi
weiterung u

- 2 -

Modernisierung des Fuhrparks sowie die Ausstattung mit Notstromerzeugern etablierte Einheiten zum Beispiel zur Notversorgung/-instandsetzung, zur Lagerung per Drohnen oder mobile Hochwasserpegel haben ihre Notwendigkeit bei Katastrophen der letzten Jahre bewiesen und sollen weiter gestärkt werden.

Bei den so genannten "Selbstbewirtschaftungsmitteln", mit denen die Ortsverbände ihren regulären Dienstbetrieb und auch die Betriebsmittel finanzieren, sind die Mittel auf Bundesebene von rund 35 Millionen Euro im Jahr 2019 auf aktuell rund 48 Millionen Euro im Jahr 2024 gestiegen. Für die Finanzierung der Kosten bei Einsätzen stehen den THW-Ortsverbänden im Jahr 2024 insgesamt 6 Millionen Euro mehr zur Verfügung als im Vorjahr. Die Einsatzbereitschaft der THW-Ortsverbände ist jederzeit sichergestellt.

Das THW wird auch in Zukunft keine ehrenamtlichen Einsatzkräfte auffordern, Tarifverträge, Rechnungen oder andere Ausgaben für den Dienstbetrieb privat zu tragen.

AfD

ENDSPURT FÜR DEUTSCHLAND!

Positionspapier der AfD-Bundestagsfraktion



- Schwerpunktbereich Innenpolitik:**
Islamismus bekämpfen, illegale Zuwanderung unterbinden, innere Sicherheit wiederherstellen
- Schwerpunktbereich Wirtschaftspolitik:**
Deindustrialisierung stoppen – Aufschwung für Deutschland
- Schwerpunktbereich Arbeit und Soziales:**
Einen wehrhaften Sozialstaat schaffen – Einwanderung in die Sozialsysteme stoppen

Unsere Arbeitsschwerpunkte & was wir fordern:
<https://afdbundestag.de/endspurt-fuer-deutschland/>



Manfred Schiller MdB
www.manfred-schiller.de



September 2024

Liebe Freunde,
Am ersten Sonntag nach der parlamentarischen Sommerpause hat die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag in Berlin auf einer Sonder-Fraktionssitzung über die Schwerpunkte ihrer parlamentarischen Arbeit in den kommenden Wochen und Monaten beraten und ein Positionspapier unter dem Motto »Endspurt für Deutschland« beschlossen.

Ein kleiner Auszug unserer Arbeitsschwerpunkte am Beispiel Innenpolitik:

Lückenlosen Grenzschutz und konsequente Zurückweisung illegaler Einwanderer ermöglichen:
Grenzen müssen kontrollierbar werden, notfalls auch durch den Einsatz von Grenzzäunen. Jeder, der die Staatsgrenze unberechtigt überschreiten will, muss zurückgewiesen

werden – selbst dann, wenn er »Asyl« beantragen will.

Abgelehnte Asylbewerber konsequent abschieben:
Wessen Asylantrag abgelehnt ist, muss Deutschland verlassen. Die hierfür auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene nötigen rechtlichen Regelungen können entsprechend angepasst werden.

Islamismus bekämpfen:
Islamistische Organisationen müssen konsequent auf ein Verbot hin überprüft werden.

Die Einreise islamistischer Prediger muss unterbunden werden.

Die komplette Liste unserer Forderungen könnt ihr unter folgendem Link nachlesen:

<https://afdbundestag.de/endspurt-fuer-deutschland/>

Bundesvereinigung e.V.: Nachbesserungen im THW Haushalt 2023 nötig. (thw-bv.de)

Durch den Wegfall dieser »Geldspritzen« bei angewachsenem Fuhrpark entsteht zumindest bei mir der Eindruck, dass nicht die Ortsverbände schlecht wirtschaften, sondern dass die zusätzlichen Haushaltsmittel aufgrund der Fuhrparkaufstockung nicht reichen, da nützt wohl auch eine Umschichtung innerhalb der Selbstbewirtschaftungsmittel nicht viel.

Meine Anfrage an die Regierung und deren Antwort könnt ihr im Wortlaut hier herunterladen:

Meine Anfrage und die Antwort der Bundesregierung könnt ihr hier herunterladen:



ANFRAGE Nr. 1 / Sept. 2024

KW 37: Meine erste Sitzungswoche

Meine erste Sitzungswoche startete bereits an einem Sonntag:

Am 8. September fand die erste und außerplanmäßige Fraktionssitzung nach der Sommerpause in Berlin statt. Sie war auch gleichzeitig mein Einstieg als MdB in den Deutschen Bundestag, denn ich erklärte offiziell meinen Beitritt zur Fraktion. Die Konferenz stand unter dem Eindruck der dramatischen Ereignisse der letzten Monate in Deutschland:

Nach drei Jahren Ampelregierung befindet sich unser Land in der schwersten Krise seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland... Nicht nur die Deindustrialisierung schreitet zusehends voran.

Die AfD gibt sich bis zur Bundestagswahl daher **Arbeitsschwerpunkte in der Innenpolitik, der Wirtschaftspolitik und im Bereich Arbeit und Soziales**. Das Positionspapier »Endspurt für Deutschland« wurde verabschiedet. Frau Weidel ging in der kurzen PK auf die katastrophalen Folgen der offenen Grenzen ein und nannte AfD-politische Konsequenzen, Tino Chrupalla erläuterte die Dominoeffekte aus dem Durchtrennen der Lebensader »erschwingliche Energie« für die Volkswirtschaft, benannte offen den ideologiegetriebenen »Klimawahnsinn« und den erstickenden Bürokratismus, sowie parallel das Bestreben, Deutschland finanziell durch die Einwanderung in die Sozialsysteme auszubluten.

Gerne nachzulesen unter: [Endspurt für Deutschland](#)

Diese Ampel ist, bestätigt durch die Wahlen in Thüringen und Brandenburg, zur Minderheitsregierung verkommen, weshalb unsere Fraktion noch vor Ablauf der Legislatur Neuwahlen fordert.

Die Plenarabläufe folgen in Haushaltswochen anderen Regeln als in sog. normalen Sitzungswochen:

Die meisten Sitzungen der Arbeitskreise fallen aus oder werden verlegt, so auch die Ausschusssitzungen. Unsere reguläre wöchentliche Fraktionssitzung folgte daher an-

statt am Dienstagnachmittag gleich am Montagnachmittag. Hier wurde ich als ordentliches Mitglied in den **Ausschuss Petitionen** gewählt, außerdem wurden auch andere Gremien aufgrund von personellen Verschiebungen und Übertritten ins EU-Parlament nachgewählt. Mittlerweile bin ich auch Mitglied der **Parlamentariergruppen Deutsch-Kanadische, Nordische** und der **Parlamentariergruppe Slowakei-Tschechien-Ungarn**. Ich absolvierte die ersten Sitzungen des Arbeitskreises **Petitionen** der AfD, sowie am Mittwoch meine erste Ausschusssitzung.



1. Sondersitzung der AfD nach der Sommerpause

Am **Dienstag** folgte ich der Sondersitzung »75 Jahre konstituierende Sitzung des ersten Dt. Bundestages«. Vor Beginn der Haushaltsdebatte wurde ich durch die Bundestagspräsidentin Bas feierlich begrüßt.

Den geplanten Bundeshaushalt 2025, den Christian Lindner am Dienstag vorstellte, kann man auch als verfassungswidrig bezeichnen, so Peter Boehringer. Zitat am Anfang seiner Rede:

»Die Protokollveröffentlichungen des RKI werfen ein völlig neues Licht auf die Coronasonderverschuldung, die alle Bundeshaushalte seit 2020 durch einen langen haushalterischen Notstand gerettet hat. Denn diese Verschuldung basierte auf Betrug. `Trust the Science` war bei Corona eine Lüge.«

Es wurde also über die behauptete epidemiologische Notlage auch eine haushalterische Notsituation begründet. Zitat weiter: »... denn alle Haushalte seit 2020 waren auf Lügen und pseudowissenschaftlicher Hybris aufgebaut.«

Um die geplanten Bundes-Ausgaben für 2025 in Höhe von 488,6 Mrd. zu stemmen, müssen neue Kredite in Höhe von 51,3 Mrd. Euro netto aufgenommen werden (Vorjahr 488,88 Mrd. Ausgaben und 50,3 Mrd. Neuverschuldung) und Lindners Ankündigung, dass die Ukraine-Hilfe auf hohem Niveau bleibe, erhielt allgemeinen Applaus (somit geht das Lügen und das Neuverschulden aufgrund von Lügen weiter).

Sehr spannend war dann die Debatte am **Mittwoch** über den Haushalt von Bundeskanzler und Kanzleramt, die auch Generaldebatte heißt und zu Anwesenheit aller Parlamentarier verpflichtet.

Kanzler Scholz redete, als ginge es um sein Leben. Seine Regierung habe die größte Wende im Prozess der »irregulären Migration« zustande gebracht, was schon mind.



Mit meinem Kollegen Rainer Rothfuß, MdB im Plenarsaal

zwei Lügen in einem Satz sind. Denn zwischen 2021 und 2023 stiegen die Zahlen nochmals kontinuierlich, außerdem handelt es sich um illegale und unkontrollierte Migration, nicht um »irreguläre«. Und das medienwirksame Abschieben von 28 afghanischen Straftätern inklusive fürstlicher Handgelder bezeichnete er gar als »erfolgreiches Vorgehen bei Abschiebungen«. Scholz wörtlich: »Wir lassen das Land nicht miesreden von denjenigen, die es nur in die Vergangenheit zurückziehen wollen« Frau Weidels Antwort hierauf ist absolut sehens- bzw. hörensenswert. Denn Zahlen, Daten, Fakten und vor allem »Messerinzidenzen« in diesem Land sprechen die Sprache des Untergangs:

[Rede von Dr. Alice Weidel am 11.09.24 im Deutschen Bundestag](#)

Am **Donnerstag** wurden – obwohl in der Haushaltswoche üblicherweise keine Gesetzesvorlagen eingebracht werden – um hektische Betriebsamkeit vorzutäuschen und aus Angst vor einem abstrafenden Wählerverhalten am 22. September in Brandenburg – eilig zusammengeschusterte Gesetzesvorlagen zur »Stärkung der inneren Sicherheit und zur Terrorismusbekämpfung« gelesen (20/12805, 20/12806).

Nancy Faeser ließ sich sogar dazu hinreißen, die Ereignisse von Solingen und andere, die seit langer Zeit zu unserem »Täglich-Brot« gehören, als »brutale Morde von Islamisten« zu bezeichnen. Zu diesem Maßnahmenkatalog gehören vorläufige Grenzkontrollen, darüber hinaus dürfen u.a. mitgeführte Messer nurmehr eine Klingenslänge von 6 cm anstatt 12 cm haben, die Überwachung mittels biometrischer Daten wird verschärft und BKA und Bundespolizei sollen automatisierte Datenanalysen durchführen können.

Tatsächlich müssten keine neuen Bürokratiemonster geschaffen und unsinnige Schutzmaßnahmen eingeführt werden, sondern nur geltendes Recht nach Artikel 16a GG und At. 18 Asylgesetz (Frau Weidel zitierte diese Artikel) umgesetzt werden.

Aber vielleicht hilft ja doch einfach nur, bei Messerattacken ein Liedchen zu trällern...?

Alle Vorlagen, auch die ungenannten der CDU und unserer Partei, wurden in den Ausschuss überwiesen.

Danach grüßte das Murmeltier:

Die normale demokratische Teilhabe der AfD, die in den Landtagswahlen jüngst ein Drittel der Wähler auf sich vereinigte, wurde vom Zusammenschluss der »demokratischen« Kaderfront aus Ampel und CDU bei den Wahlen zum Posten des Bundestagsvizepräsidenten und zur Mitgliedschaft im Parlamentarischen Kontrollgremium erneut verhindert. Wir sehen mit Spannung auf den 18. September 2024. An diesem Tag entscheidet das Bundesverfassungsgericht über die Klagen der AfD zum Ausschluss der AfD von den ihr zustehenden Ausschussvorsitzen und der unrechtmäßigen Abwahl von Stephan Brandner vom Vorsitz des Rechtsausschusses in WP19.

Die zweite Lesung des Haushalts 2025 wird Ende November erfolgen, bis dahin bringen die Fraktionen ihre Änderungsanträge ein.



gründung des Bundestagspräsidenten Rainer Rothfuß, MdB, im Plenarsaal

Soweit meine erste Sitzungswoche im politischen Elfenbeinturm Berlin!

Künftig werdet ihr meine persönlichen Sitzungswochen-Protokolle auf meiner Website abrufen können:

<https://manfred-schiller.de/category/sitzungswochen-protokolle/>



Bild: © Deutscher Bundestag / Werner Schüring

Sitzungswochen-Protokoll KW 37

Es ist meine zweite Sitzungswoche in Berlin, und so langsam werden die Abläufe zur Routine.

Um nur ein paar Stichworte bezüglich meiner Termine zu nennen:

- Arbeitskreis-Sitzung-Fingerabdruckabgabe beim Auswärtigen Amt zur Beantragung eines Diplomatenpasses
- Fraktionssitzung
- Landesgruppensitzung
- Ausschusssitzung
- Ausschussarbeit
- Plenumsitzungen
- Verschiedene Termine im Haus
- Professionelle Foto- und Portraiterstellung an markanten Orten
- Laufende Berichterstattung über meine Sozialen Medien
- ... und zum Wochenende hin noch Parteiarbeit in Berlin bei Schatzmeisterkonferenz und Sitzung des Konvents – ich könnte einen Schrittzähler gebrauchen (kleiner Scherz).



Immer auf Achse: Hier beim professionellen Photoshooting unterwegs

Vom politischen Parkett gibt es diese Woche einen Eklat nach dem anderen zu berichten. Da haben wir die falschen Zertifikate für gefakte Emissionsreduktionsprojekte in China, da haben wir den Verkauf von 4,5% der staatlichen Commerzbank-Anteile an die Unicredit, welche nun im Besitz von 29% der Commerzbank ist.

Fakt ist: Der Konzernüberschuss der Commerzbank stieg

2022 um 55% auf 2,2 Mrd. €, während der Unicredit nachgesagt wird, dass sie auf 40 Mrd. toxischen italienischen Staatspapieren sitzt. Und Minister Heil braucht 10 Mrd. € mehr Bürgergeld. Ganz abgesehen von den skandalösen antidemokratischen Vorgängen bei der konstituierenden Sitzung des thüringischen Landtags. Aber der Reihe nach:

Montag & Dienstag

An den ersten beiden Tagen der Sitzungswoche stehen neben unserer Teambesprechung, Organisation, Beantwortung von Anfragen und Korrespondenzen für mich unter anderem Treffen der Arbeitsgruppen, Landesgruppen, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitsgruppen und die Fraktionssitzung an, gefolgt von den Ausschusssitzungen am Mittwochvormittag. Danach geht es mit den Plenarsitzungen los:

Mittwoch

Am Mittwoch wird die Plenarwoche mit der Befragung der Bundesregierung eingeläutet.

Im wöchentlichen Wechsel stehen zwei Minister den Abgeordneten Rede und Antwort, heute **Finanzminister Lindner** und **Umweltministerin Lemke**. Bei der AfD ist es so geregelt, dass immer die entsprechenden Arbeitskreise (meist die Leiter) den Erstzugriff auf das Fragenkontingent haben. Lindner wurde von Kay Gottschalk gefragt, warum der Verkauf der CoBa-Anteile vom Bund in dieser Art erfolgte, ob und wie er dem erfolgreichen Institut beim Abwehrkampf gegen die Unicredit und den italienischen Staat unterstützen wolle. Lindner tat überrascht und ver-

wies nur auf den EU-Fiskalpakt. Der Abg. Hauer von der CDU ging sogar ans Eingemachte und zeigte auf, dass dieser »Auktions-Deal« über 1 Mrd. € hauptsächlich über J.P. Morgan´s Unterhändler erfolgte, die wohl auch weitere Commerzbank-Anteile »verhöckerten«.

Peter Boehringer fragte Lindner nach dem plötzlichen Zusatzbedarf von Arbeitsminister Heil über 10 Mrd. € Bürgergeld, da man für »Arbeit und Soziales« im HH-Plan für 2025 nur 45 Mrd. vorsehe gegenüber 50 Mrd. im Jahr 2024. (Die Bild-Zeitung hatte über die plötzliche Lücke berichtet). Wie wir wissen, sind über 50% der Bürgergeld-Bezieher Ausländer. Lindner wird hier mit Heil noch »ins Gebet« gehen oder weitere Schulden aufnehmen müssen.

Den Finanzskandal Cum-cum und Cum-ex griff der Linke Görke auf, und ich bin sehr froh, dass dieses Thema bei den Oppositionskräften doch gemeinschaftlich auf allgemeines »Nichtvergessen« stößt. Irgendwann bekommen wir den U-Ausschuss, aber hoffentlich noch bevor die Verjährungsfristen abgelaufen sind. Das Bürokratie-Entlastungsgesetz sieht nämlich eine Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Steuerunterlagen vor. Leistet das vielleicht Vorschub für die Vernichtung von Beweisunterlagen? Hier im Fall von Cum-ex geht es um 35 Mrd. € für den Steuerzahler, davon konnten bislang nur 0,5% zurückgefordert werden.

Das geplante Verbrenner-Aus 2035 – hiermit auch zusammenhängend die Zukunft von VW – erhitzt unser aller Gemüter. Die Verkaufszahlen der gefährlichen Elektrokisten in Deutschland gingen nach Einstellung der Förderung um 70% zurück. **Die Fokussierung auf das E-Auto wird VW voraussichtlich 30.000 Mitarbeiter kosten.** Zuletzt sagte Finanzchef Arno Antlitz: »Es fehlen uns die Verkäufe von rund 500.000 Autos. Der von Habeck am Montag, 23. September einberufene »Autogipfel« brachte keine konkreten Ergebnisse, obwohl der Ruf nach »Abwrackprämie« bzw. bis zu 6.000 Euro E-Mobilitäts-Prämie auf der Agenda stand. Die Staatskassen sind leer. Das E-Auto ist ein Verkaufsflop. Ohne Subvention läuft nichts, ähnlich wie beim Euro.

Davon abgesehen brennt es bei VW an allen Ecken. Kaum erholt vom Diesel-Abgasskandal und dessen Blessuren, soll nun in der chinesischen Produktion gemäß einer (von mir nicht näher eruierten) NGO namens IPAC der Konzern Arbeiter aus der ethnischen Minderheit der Uiguren in einer Art Lager eingesperrt und zur Arbeit gezwungen haben. Wir sind gespannt auf den Zeitpunkt der kompletten Zerschlagung von VW, einer unserer traditionsreichsten Erfolgsunternehmen.

Zurück zur Befragung: Steffi Lemke beharrt allerdings gegen jede Vernunft auf ihrem Klima-Rettungsweg, und damit auf dem Verbrenner-Aus der EU-Kommission sowie dem sogenannten Flottengrenzwert.

Es folgte die Allgemeine Fragestunde

Hier musste das Ministerium Lemkes in Person von **Staatssekretär Dr. Gesenhues** sich dann zum Thema des CO2-Zertifikatehandels auf Basis gefakter CO2-Emissionsprojekte in China erklären.¹

Die falschen Nachweise über sog. Upstream-Emissionsminderungen von ca. 9 Mio. to. CO2 in China haben einen Schaden bei gutgläubigen Erwerbern von mind. 4,5 Mrd. Euro verursacht. Der Staatssekretär konnte nur offenbaren, was uns allen schon lange bewusst ist:

Es gibt ein System und Geflecht aus Projektträgern, Validierern, das Umweltbundesamt und vielleicht noch ein paar Beamte und »die Vorgängerregierung«: Allesamt irgendwie wohl anfällig für Korruption, Nachlässigkeit oder Betrug. Die Projekte sind derzeit gestoppt.

Manchmal wundert man sich, wie all diese Minister und Staatssekretäre die Skandale und Machenschaften in einem nicht mehr zu überblickenden Apparat so elegant und aalglatt bis zur Null-Aussage verschwurbeln, es tropft alles ab, als wären sie aus Teflon. Bekommen Sie in den Ministerien vielleicht Schauspielunterricht?

Bernd Schattner legte wieder den Finger in die Wunde **»Kernenergie«**. Von März 2023 bis April 2024 importierte Deutschland netto 21,6 Terrawattstunden Strom zum Preis von etwa 21,6 Mrd. Euro. Welchen Mehrwert hat das für unsere Volkswirtschaft? Ganz einfach, so Gesenhues: Wir haben einen Rekord beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Und das, so mein Kommentar, generiert immer nur Flatterstrom, der die konventionellen Grundlastträger nie ersetzen wird.

Die **Aktuelle Stunde** wurde aufgerufen zum Thema Verkauf der Bundes-Anteile an der Commerzbank.

Ich habe oben bereits darüber berichtet und will es an dieser Stelle bei zwei Sätzen belassen. Zitat von Frau Wittmann von der CDU: »Wir wissen, dass Andrea Orcel, der Chef der Unicredit, bereits hat verlautbaren lassen: Sollte es ihm gelingen, die Commerzbank zu übernehmen, wird er den Standort München schließen, den Standort Frankfurt zu einer Filiale erklären und sämtliche relevanten Entscheidungen nach Mailand ziehen«...mit Orcel sei »ein gewiefter Investmentbanker« auf eine »vollkommen dilettantische Bundesregierung getroffen.

¹ <https://www.wochenblatt-dlv.de/politik/8-milliarden-euro-schaden-initiative-will-klimabetrug-stoppen-578082>

Mein Kommentar: Dass unser deutsches Tafelsilber verschleudert wird, sind wir ja gewöhnt.

Der Gesetzesantrag der Koa »zur Stärkung der Öffentlichen Gesundheit« Dr.-Nr. 20/12790 sieht die Schaffung einer neuen (undurchsichtigen) Behörde vor, die Aufgaben des RKI und der BZgA übernehmen soll. Man will wohl die Zügel straffer anziehen, offizieller O-Ton jedoch: die Bevölkerung noch besser und sicherer und stringenter »aufklären«.

Martin Sichert in seiner Rede: »... ein weiteres Spielzeug für Herrn Lauterbach, um Medien, Gerichte und Bürger zu manipulieren, ein weiteres Propagandainstitut, das den Ruf echter Wissenschaft beschädigt...« hier im Videomitschnitt: <https://dbtg.tv/cvid/7615438>. Es folgte Überweisung in den Ausschuss.

Schließlich kam der einzig sinnvolle Antrag des Mittwoch in erster Lesung, nämlich von der AfD: »Brot, Bett und Seife – Sachleistungen statt Geldleistungen für Asylbewerber« Dr.-Nr. 20/12960. Pullfaktoren für Asyltouristen müssen abgeschaltet werden, das Gesellschaftsexperiment, das 2014/15 durch die Merkel-Administration gestartet wurde, nämlich eine monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln, ist gescheitert.

Der Ausschuss Arbeit und Soziales übernimmt die Federführung.

Am Mittwoch gab es eine stille »Explosion«, still deshalb, weil sie außerhalb der Mauern des Bundestags kaum vernommen wurde. Dabei wurde im Innenausschuss beinahe die rote Koa durch das gelbe Mitglied gesprengt, das Kartenhaus der imaginären Brandmauer eingerissen. Bitte hier nachlesen: Eklat im Innenausschuss: Ampel streicht Antrag über Zurückweisungen von Asylbewerbern von der Tagesordnung – [Apollo News \(apollo-news.net\)](https://apollo-news.net)

Donnerstag

Der Donnerstag brachte dann einen Sitzungsmarathon, der erst kurz vor Mitternacht endete.

Die AfD hatte sich gut vorbereitet und drei Anträge eingebracht zu einem Themenkomplex – **Deindustrialisierung stoppen, Aufschwung für Deutschland und Abwanderung der deutschen Industrie ins Ausland stoppen** -. (20/12769, 20/12967 und 20/12968)

Leif-Erik Holm begann treffend: »Die grüne Transformation in ihrem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf« und er warf alle planwirtschaftlichen Maßnahmen der rot-grünen Ideologie-Clique aus Ampel und Merkel-Regierung in

den Raum, wie die Kosten von 6 Billionen Euro für die sog. Energiewende, die Zerstörung der Automobilindustrie, die Massenabwanderung aus Deutschland, uvm. Außer AfD-Bashing hatten die Konkurrenten nichts übrig für eine von der AfD vorgeschlagene Rückkehr zu Ludwig-Erhard's Prinzipien:

So wenig Staat wie möglich, so viel Soziales wie nötig.

Die Anträge wurden in den Ausschuss überwiesen.

Am frühen Nachmittag eine weitere Aktuelle Stunde zur überfälligen öffentlichen Debatte zum »Zukunftsgipfel« der UN in New York am 22. September.

Teil des verabschiedeten Zukunftspaktes ist ein »**Globaler Digitalpakt**«, der z.B. folgendes vorsieht:

- *Obligatorische digitale biometrische ID für jeden »Weltbürger«*
- *»Infodemie« wird als neue Vokabel verwendet, um abweichende Meinung zu diskreditieren*
- *Bestrafung für derlei Miss- oder Falschinformation durch das System, das von Künstlicher Intelligenz betrieben wird, z.B. durch Blockierung des Bankkontos, Sperrung für bestimmte Einkäufe, Zutrittssperre für öffentliche Verkehrsmittel oder Flugzeuge oder Straßen.*

Beatrix von Storch war der einsame Rufer in der Wüste: Mit ihrem »Hohelied der Internationale« soll verschleiert werden, was in New York auf dem Spiel gestanden hat, die Abschaffung des Nationalstaates, die Zerstörung der Demokratie, und ja, die Installierung einer Weltregierung. Ihre Rede in der Mediathek des Bundestags: [Video abrufen](#)

In der ersten Lesung wurde der **CDU-Antrag 20/12103 »Umsetzung des EU-Data-Acts – Für eine innovative und wettbewerbsfähige Datenwirtschaft in Deutschland«** behandelt. Er verspricht tatsächlich nichts Gutes. Die CDU fordert eine schnelle Umsetzung, zu der es neue Planstellen in den Ministerien (Datenkoordinator, Beirat) braucht, mehr Bürokratie für die Unternehmen, mehr Regularien und ggf. sogar Veröffentlichungszwang von Daten in Unternehmen, Verbraucherschutz ist fraglich uvm. Tatsächlich ist die Umsetzung aber nicht zu verhindern, EU-Verordnungen sind ohne Abwandlung bindend.

Tatsächlich brachte **Sarah Wagenknecht und Ihr Bündnis** noch einen bemerkenswerten Antrag ein mit dem Titel: **»Verbrenner-Aus stoppen.« (20/11541)**. Ich vermute, dass sie in den anschließenden Ausschussberatungen

unsere Zustimmung finden wird, fordern wir doch schon immer das gleiche. Will die rote Sarah mit solchen »populären« Anträgen (wie auch mit ihrer Forderung auf Einsetzung eines Corona-Untersuchungsausschusses) sich auf unsere Seite schlagen, oder der AfD durch Abschreiben einfach nur die Schau stehlen?

Aus Dezember 2022, als die internationale Durchsetzung der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele, »Greenwashing«, »Green score« und »Grüne Kredite« aufgrund der EU-Taxonomie für die Bigplayers der Konzerne noch (nachhaltige) Gewinne versprochen, stammt die in Landesgesetze umzusetzende EU-Richtlinie hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen. Dieser **Gesetzesentwurf 20/12787** wurde am Donnerstag zum ersten Mal gelesen. Inhaltlich berichte ich daher bei der 2. Und 3. Lesung mehr. Fakt ist, dass BlackRock sich von dieser Einbahnstraße ESG bereits verabschiedet hat. [Siehe hier: ESG: Schluss mit Nachhaltigkeit | ZEIT ONLINE](#). Stephan Mayer, CSU, hat daher in seiner Rede (evtl. von BlackRock-Merz instruiert) auch brav gegen Kosten zur Umsetzung des Gesetzes gewettert, gegen die Zustimmung dieser Regierung im EU-Gesetzgebungsverfahren und sogar ein Übertreffen der EU-Standards in der Gesetzesvorlage angeprangert. Fortsetzung folgt.

Wer **BSW** wählt,
wählt
Kartellparteien
und wählt den
Krieg.

Freitag

Der Freitag war geprägt vom Thema Afghanistan-, Syrien- und Irakpolitik.

Die Hauptforderung der AfD in drei Anträgen:

Die Wiedereröffnung von Verbindungsbüros in Kabul und Damaskus, um Abschiebevorgänge zu verbessern, sowie in einem separaten Antrag die Aufklärung von möglichen Zahlungen an die Taliban. **(20/12973, 20/12974 und 20/12975)**.

Der Verteidigungsausschuss berät.

Es gibt soviel zu tun.



12. September '24

Liebe Freunde,

Wir hatten Recht – mit allen Warnungen zu den Folgen der Massenmigration.

Die heutige Debatte im Bundestag könnte den Eindruck erwecken, dass nun endlich auch Union und Ampel eingesehen haben, was uns schon seit Jahren klar ist:

Dass offene Grenzen zu katastrophalen Folgen führen. Immerhin überbieten sich Ampel und Union gerade regelrecht damit, unsere Forderungen zu kopieren und als eigene Ideen und Gesetzesentwürfe zu verkaufen.

Ich bezweifle allerdings, dass

die Wähler sich von dieser politischen Inszenierung wirklich Sand in die Augen streuen lassen, denn dem aufmerksamen Bürger dürfte längst klar sein, wer wirklich die Sicherheit und das Wohl der Bürger im Sinn hat, und wer lediglich versucht, den Erfolg der AfD zu untergraben, indem er kurz vor den Wahlen noch schnell in unsere Richtung blinkt.

Liebe Wähler in Brandenburg, wir brauchen Taten statt Worte und wer eine echte Migrationswende will, muss das Original, die AfD wählen!

Viele Grüße
Manfred Schiller

Fotoshooting & Videodreh

Hinter den Kulissen



Abgesehen von dem, was ihr über meine Social-Media-Kanäle zu meiner Arbeit erfahrt, passiert natürlich auch unglaublich viel hinter den Kulissen. Im Si-Wo-Protokoll habe ich bereits einige Themen angesprochen (wie z.B. Arbeitskreis- & Fraktionssitzungen, Ausschussarbeit, Beantwortung von Korrespondenz), darüber hinaus fand in diesem Monat ein professionelles Fotoshooting und mein erster Videodreh in Berlin statt. Und wenn dann mal Feierabend ist, trifft man sich gerne mit lieben Kollegen!





Informationen aus dem Bundestag & immer ein offenes Ohr für die Wünsche der Bürger

Unser gemütliches Wahlkreisbüro befindet sich in Weiden. Zögert nicht, mit meiner Wahlkreismitarbeiterin Kontakt aufzunehmen. Tina ist gerne für alle eure Anliegen und Anfragen da. Zudem organisiert sie unsere Fahrten in den Deutschen Bundestag und ist für Veranstaltungen im Wahlkreis zuständig. Jeden Donnerstag findet zudem ab 18 Uhr ein Stammtisch in unserem Büro

in Weiden statt, zu dem ihr herzlich eingeladen seid. Hier erfahrt ihr aktuell das neueste aus dem dem Deutschen Bundestag. Im Anschluss gibt es rege Diskussionen und Informationsaustausch. Wer nicht persönlich vorbeischaun kann, findet auf meiner Website regelmäßig Informationen zu meiner Tätigkeit als Bundestags-Abgeordneter.

Unverbindlich & zwanglos:

Wir sehen uns jeden Donnerstag!



Ab 18 Uhr – Christian-Seltman-Straße 21 · Weiden in der Oberpfalz
(Es gibt genügend Parkplätze hinter dem Haus)



Bild: Metropolico

KV Weiden:

Themenabend Linksextremismus

03. September '24

Linksextremismus – ein totgeschwiegenes Problem!

Der Vorsitzende Roland Magerl begrüßte zahlreiche Gäste und stellte Wolfgang Dröse vor, Stadtrat im Allgäu und Referent im Bayrischen Landtag. Thema des Abends: »Linksextremismus - Straftaten, Strukturen, Finanzierung«.

Linksextreme Straftaten passieren nicht nur in Großstadt-Brennpunkten, sondern auch in der Provinz – und werden medial oft verschwiegen. Antifa erhält staatliche Zuwendungen. Verschwörungstheorie? Absolut nicht! Versteckte Finanzierung: Über Umwege, Stiftungen und staatliche Programme fließen Steuergelder an linke Gruppen – auch an die Antifa.

Renate Künast (Grüne) forderte eine dauerhafte Finanzierung dieser Gruppen! (1)

AfD setzt klare Zeichen: Wolfgang Dröse machte klar: Eine AfD-Regierung würde die Finanzierung solcher Gruppen sofort stoppen.

Nach dem Vortrag gab unser Bundestagsabgeordneter Manfred Schiller noch einen kurzen Einblick über seine bisherigen Erfahrungen als neuer MdB. Darüber hinaus



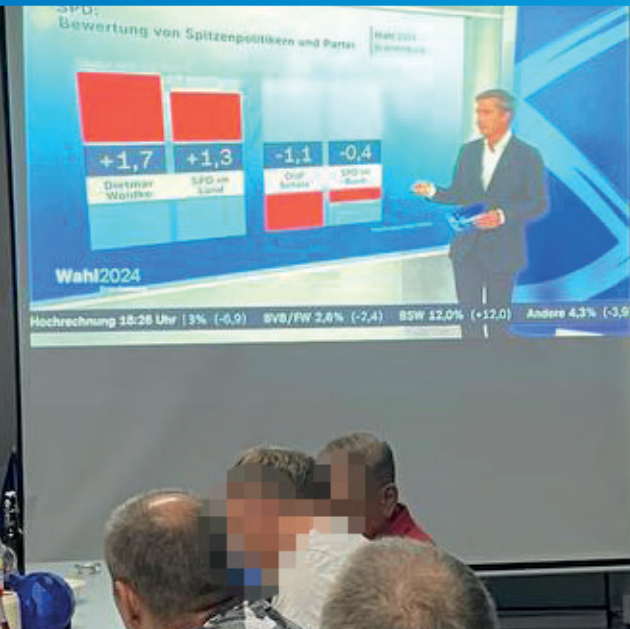
gab er uns noch einen Überblick über seine künftigen Aufgaben und Termine. Wir bedanken uns bei den Referenten und allen Teilnehmern des informativen Abends.

(1) Im Bundestag »[Verlässliche Finanzierung für »Antifa-Gruppen«](#)«



Bild: Metropolico

Hass - gesponsert auch von Deinem Steuergeld!



Wahlen in Thüringen, Sachsen & Brandenburg

Grund zu feiern: Wahlparties im Bürgerbüro

In Thüringen hat sich am 1. September ein Wahl-Krimi ereignet! Ein knappes Kopf-an-Kopffrennen der AfD mit der CDU in Sachsen während in Thüringen der historische Durchbruch gelang: Erstmals ist die AfD stärkste Kraft geworden! Ich gratuliere Björn Höcke, Jörg Urban und deren Teams und nicht zuletzt auch den vielen Wahlhelfern im Osten zu diesem phänomenalen Erfolg!

Eine besondere Genugtuung ist es, dass die Ampel-Parteien bei diesen Wahlen ihre Quittung bekommen haben. In Thüringen flogen die Grünen aus dem Landtag, in Sachsen kamen sie nur noch knapp über die Fünfprozenthürde.

Am Ende des Monats Die SPD wurde marginalisiert und die FDP spielt in beiden Landtagen gar keine Rolle mehr. An diesem Tag haben wir nun wirklich ein blaues Wunder erlebt!

Herzliche Glückwünsche gingen am Ende des Monats auch an die FPÖ, die mit Spitzenkandidat Herbert Kickl die Nationalratswahl gewann!





AfD ist stark bei der Jugend

Wir gratulieren unserem AfD-Spitzenkandidaten Dr. Christoph Berndt zu einem phänomenalen Ergebnis in Brandenburg: Er hat als einziger Spitzenkandidat bei der Landtagswahl in Brandenburg seinen Wahlkreis gewonnen! Er und sein Team haben alles gegeben. Unsere Anhängerschaft im Osten der Republik liegt nun manifest bei 30%, und das allen Diffamierungen, Verunglimpfungen und dem öffentlichen Bashing und Totschweigen zum Trotz.

Hoffnung bereitet, dass es vor allem die Jugend ist, bei der die AfD besonders stark abschneidet.

Auch bei dieser Wahl zeigte sich, wie der Rest der »Kartellparteien« seine Wähler – in Panik und mit letzter Kraft – mobilisiert, um deren Stimmen auf das jeweils bedürftigste Mitglied des Kartells zu verschieben, wie auf einem Rangierbahnhof, nur um den blauen Riesen auszuschalten, ihn wenigstens auf Platz zwei zu verweisen.

Dieses Mal konnte sich die SPD über Platz 1 freuen. Doch die angebliche »Aufholjagd« war in Wirklichkeit nichts weiter als eine Kartellabsprache, und wer zuletzt lacht lacht am besten.

Die sog. Kartellparteien sind – quod erat demonstrandum – beliebig und austauschbar geworden und deren Ende naht. Sie haben kein Profil mehr, die gemeinsame Strategie ist es, den Konkurrenten zu verhindern. Dafür werden Meinungsforschungsinstitute bemüht, das Raunen in der Menge zu erkennen und rechtzeitig die kippende Wählerzustimmung zu bannen: Wenn die Daumenschrauben wie Überfremdung, Gewalt, Armut und Rechtlosigkeit die Menschen zu sehr zu Boden drückt, kann man plötzlich blitzschnell die Richtung ändern: Dann folgt auf Heizungszwang nur ein lapidares: »Wir wollten mal sehen, wie weit ihr mitgeht«. Dann folgt auf horrendes Messerinzidenz ein vorgetäushtes Grenzenschließen. Wir könnten hier endlos aufzählen.

Seien wir gespannt, wie es weitergeht, denn wir wissen: Sie sind angezählt...

Folgt mir für Neuigkeiten auf meinen Kanälen!



 www.manfred-schiller.de

 manfred.schiller@bundestag.de

 [@manfred.schiller.afd](https://www.facebook.com/manfred.schiller.afd)

 [@manfred.schiller.afd](https://www.instagram.com/manfred.schiller.afd)

 [@manfredafd](https://twitter.com/manfredafd)

 [@manfredschillerafd](https://www.telegram.com/@manfredschillerafd)

 [@manfred.schiller.afd](https://www.tiktok.com/@manfred.schiller.afd)

 [@manfredschillermdb](https://www.youtube.com/@manfredschillermdb)

